



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# WIDER DIE SEXUELLE APARTHEID

15 Jahre für das Recht zu lieben  
15 Jahre Rechtskomitee Lambda



**Impressum:**

Herausgeber und Medieninhaber: Parlamentsdirektion  
Redaktion: Mag. Barbara Blümel  
Bildnachweis: alle Bilder: Photographin: Carina Ott;  
copyright: Parlamentsdirektion.  
Graphische Gestaltung: Mag. Bernhard Kollmann  
Druck: TDS TypoDruckSares, Wien

Wien, im Dezember 2006



# WIDER DIE SEXUELLE APARTHEID

15 Jahre für das Recht zu lieben  
15 Jahre Rechtskomitee Lambda

*Festakt im  
Sitzungssaal des Nationalrates  
Montag, 2. Oktober 2006*

---

## PROTOKOLL

*Das Rechtskomitee Lambda (RKL), Österreichs Bürgerrechtsorganisation für homo-, bi- und transidente Frauen und Männer, wird 2006 15 Jahre alt. Viel wurde in diesen 15 Jahren erreicht. Die anti-homosexuellen Sonderstrafgesetze wurden aufgehoben, gesetzliche Antidiskriminierungsbestimmungen geschaffen und in Teilbereichen, meist auf dem Weg der Gerichtsbarkeit, gleiche Rechte für homosexuelle Partnerschaften erzielt. Viel ist aber auch noch zu tun bevor gleiche Rechte und Pflichten Wirklichkeit werden. Noch immer warten die Opfer der Sonderstrafgesetze auf Rehabilitierung, noch immer gibt es kein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, das in allen Lebensbereichen schützt, und noch immer ist gleichgeschlechtlichen Paaren in Österreich die Ehe verboten.*

*Das 15jährige Jubiläum des RKL wurde auf Initiative der (damals Zweiten) Präsidentin des Nationalrats, Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer, mit einem einzigartigen Festakt im Parlament begangen. Es ist das erste Mal in der Geschichte weltweit, dass eine Homosexuellen-Organisation in einem nationalen Parlament geehrt wird.*

*Ein historisches Ereignis von internationaler Dimension, das nicht nur die vergangenen 15 Jahre und die erzielten Erfolge beleuchtet, sondern vor allem Ausblick auf die möglichen und notwendigen Entwicklungen der Zukunft gibt.*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** (Richterin des Handelsgerichts und Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofs): Ihnen allen einen wunderschönen Nachmittag! Herzlich willkommen, sehr geehrte Damen und Herren! Good afternoon, ladies and gentlemen!

Ich begrüße Sie zum Festakt aus Anlass eines besonderen Jubiläums: Seit 15 Jahren existiert der Verein „Rechtskomitee Lambda (RKL)“, und seit 15 Jahren ist er unermüdlich damit beschäftigt, die Rechte homosexueller Menschen zu verbessern und die Anerkennung lesbisch/schwuler Lebensweisen zu erreichen.

Ich heiße Lilian Hofmeister und bin heute hier die Moderatorin.

Eingeladen haben die Zweite Präsidentin des Nationalrates, Frau Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer, und das RKL.

Es ist mir eine Freude, zu sehen, wie zahlreich Sie erschienen sind. Wenn ich so in das Plenum schaue, sind das eigentlich lauter Ehrengäste. Auch hier oben haben unsere Ehrengäste Platz genommen, allen voran Frau Justizministerin Mag.<sup>a</sup> Karin Gastinger. *(Beifall.)*

Lassen Sie mich bitte noch einige Prominente aus Politik, Wissenschaft, Justiz und freien Berufen nennen – ich zähle sie der Reihe nach auf –: Herr Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs Dr. Wolfgang Pesendorfer, Sektionschefs aus dem Justizministerium Dr. Roland Miklau und Dr. Michael Neider, Univ.-Prof. Dr. Bernd-Christian Funk, Rechtsanwalt Dr. Hans Rant und viele andere bedeutende Persönlichkeiten.

Bevor nun Frau Präsidentin Prammer den Festakt eröffnen wird, möchte ich ein paar Worte zum Programm und zum Ablauf des Festaktes sagen.

Es wird drei Abschnitte geben: Wir beginnen mit Grußbotschaften und Kurzinterviews, dann folgen drei Reden und schließlich hält Höchstrichter Edwin Cameron vom Supreme Court of Appeal in Südafrika den Festvortrag.

Danach mündet der Festakt in einen hoffentlich gemütlichen Empfang in der Säulenhalle. Nun ersuche ich Frau Präsidentin Prammer, den Festakt zu eröffnen. *(Beifall.)*

**Zweite Präsidentin des Nationalrates Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer:** Meine Damen und Herren! Es ist mir wirklich eine außergewöhnlich große Freude, Sie alle hier nicht nur im Parlament, sondern im Sitzungssaal des Nationalrates sehr herzlich begrüßen zu können.

Es ist schön, und es ist mir ganz persönlich wichtig, dass der Festakt „15 Jahre für das Recht zu lieben. 15 Jahre Rechtskomitee Lambda“ hier im Parlament stattfindet. Ich bedanke mich beim Rechtskomitee, ich bedanke mich gleich zuvorderst bei Herrn Dr. Graupner für die Möglichkeit, auch gemeinsam eine Veranstaltung zu machen. Herzlichen Dank und herzlich willkommen, Herr Dr. Graupner! *(Beifall.)*

Ich bedanke mich eingangs auch bei der Moderatorin, bei Frau Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister – sie ist ja Richterin des Handelsgerichts und Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofs –, dass sie die Moderation für heute übernommen hat. Und ich bedanke mich auch bei ihr, dass sie mir bereits die Begrüßung abgenommen hat.

Ich möchte nur eine Person besonders – stellvertretend für Sie alle – begrüßen, nämlich Gery Keszler, den Initiator des Life Ball. Ich nenne ihn deswegen, weil er seit wenigen Tagen Träger des Goldenen Verdienstzeichens der Stadt Wien ist, und ich denke, das ist ein ganz wichtiges Signal, lieber Gery, nicht nur für dich, sondern für viele, viele andere Menschen in unserem Land gewesen. Herzlich willkommen! *(Beifall.)*

Ich habe ja schon gesagt, ich freue mich, dass die heutige Veranstaltung hier im Sitzungssaal des Nationalrates stattfindet – in einem Saal, in dem es oft ganz anders zugeht, in einem Saal, in dem seit 1945 alle wesentlichen Entscheidungen für die Republik Österreich getroffen wurden. Auch in einem Saal, der, wenn es nach mir geht, in wenigen Jahren ein wenig ein anderes, moderneres Aussehen bekommen wird.



Barbara Prammer

Dieser Saal wird äußerst selten außerhalb von Plenarsitzungen benützt, und ich denke, es ist ein wichtiges und ein gutes Signal, dass der Festakt „15 Jahre Rechtskomitee Lambda“ hier stattfindet. Dieser Saal trägt auch ein wenig die Bedeutung, wie wichtig Gesetzgebung und Rechtsprechung für Ihr Anliegen sind.

Am 13. September 1991 wurde das Rechtskomitee Lambda, Österreichs Bürgerrechtsorganisation für Homo- und Bisexuelle und transidente Männer und Frauen, aus der Taufe gehoben. Lambda kämpft seitdem für die Rechte homosexueller Frauen und Männer, um das Recht, nicht nur nach der eigenen Façon leben und lieben, sondern auch ohne Angst vor Diskriminierung leben zu können.

Ich frage mich natürlich, und Sie fragen sich, wir alle fragen uns: Was hat dieser 15-jährige Kampf bislang in Österreich gebracht?

Dank Lambda und den Vertreterinnen und Vertretern der Organisation, aber auch anderer Homosexuellenorganisationen, wurde natürlich Einiges erreicht. Es waren Organisationen wie Lambda die ihre Rechte bis hin zu den Obersten Gerichten in Österreich, auf europäischer Ebene wie auf internationaler Ebene eingeklagt und auch Recht bekommen haben. Fast alles – und das möchte ich an dieser Stelle als Repräsentantin der Politik schon auch sagen: fast alles! –, was Bundesregierung und Gesetzgeber bislang umgesetzt haben, mussten sie umsetzen auf Grund Ihres langen Atems, den Sie haben und gehabt haben, wenn Sie vor die Gerichte gehen, um zu Ihrem Recht zu kommen. Ich denke, das ist eine Verpflichtung, es hier in diesem Saal auch so beim Namen zu nennen.

In der Diskussion zum Beschluss der Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes im Mai 2004 habe ich – ich möchte nur ein Beispiel nennen – gesagt, dass wir auch in Österreich kurz vor dem Ziel stehen geblieben sind – wieder einmal! Wir dürfen daher nicht aufhören, auch in Zukunft daran zu arbeiten, weil in Österreich gleiche Rechte noch lange nicht verwirklicht sind.

Wir brauchen eine tatsächliche Umsetzung der EU-Richtlinien, wir brauchen ein Anti-Rassismus-, ein Anti-Diskriminierungsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Und dank Lambda und anderer Homosexuellenorganisationen hat sich die Sichtweise und die Einstellung innerhalb der österreichischen Bevölkerung gravierend geändert – ich glaube, das ist eines Ihrer großen Verdienste: Ich möchte so sagen: Sie haben das Thema enttabuisiert, Sie haben es sichtbar gemacht – und Sie haben sich sichtbar gemacht.

Deshalb wage ich auch die Behauptung, dass die Einstellung der österreichischen Bevölkerung – dazu gibt es ja mittlerweile auch schon Empirie – heute mehrheitlich bei weitem offener und liberaler ist als die der österreichischen Gesetzgebung.

Der Kampf gegen jede Form der Diskriminierung ist ein Kampf um Freiheit und Akzeptanz und ist daher für mich eine demokratiepolitische Verpflichtung. Diskriminierung ist keine Bagatelle, sondern ein Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte. Und es wäre nur konsequent, sollte es zu einer Veränderung der österreichischen Bundesverfassung kommen, dass dann in einem Grundrechtskatalog einer solchen Bundesverfassung ein explizites Diskriminierungsverbot verankert wird. Im Übrigen ist das etwas, was zum Beispiel die Europäische Grundrechtscharta schon längst als Rechtsstatus hat und – für mich ist das besonders betonenswert – Grundrechte sind eben erst dann echte Grundrechte – und das würde in eine solche Neukonzeption einer österreichischen Bundesverfassung dann Eingang finden müssen –, wenn sie zu Anti-Diskriminierungsmaßnahmen verpflichten.

Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet auch, dass jeder und jede die Form des Zusammenlebens frei wählen können soll, mit allen Rechten und mit allen Pflichten. Das betrifft ganz besonders auch das Recht homosexueller Paare auf eine rechtlich anerkannte Partnerinnen- und Partnerschaft. Ob das nun Ehe heißt oder nicht, erscheint mir persönlich nicht entscheidend, wichtig ist aber, Gleichheit ist nicht teilbar: Jeder



Gery Keszler

und jede muss das gleiche Recht auf gesetzlich anerkannte Formen der Partner- und Partnerinnenschaft haben, und – ich stehe nicht an, das zu sagen – inklusive einem Adoptionsrecht.

Ich setze mich seit Jahren für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgender ein – viele von Ihnen wissen das. Meine allererste Veranstaltung als ich vor mittlerweile 16 Jahren in die Politik gegangen bin, damals als Zweite Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags, war die Eröffnung eines Homosexuellen-Kongresses in Linz. Ich bin heute noch stolz darauf, dass ich das machen durfte, und seit dieser Zeit habe ich mich ernsthaft immer wieder bemüht, mit Ihnen gemeinsam ihre Anliegen zu diskutieren und Schritte in eine positive Zukunft zu setzen.

Der Kampf um Gleichstellung geht uns alle an, und wenn es auch immer wieder Aussagen einiger Unbelehrbarer gibt, weiß ich, dass es uns gelingen wird, dass wir diesen Kampf auch gewinnen können, denn es kann kein anderes Ziel geben als ein friedliches, ein offenes und gleichberechtigtes gesellschaftliches Zusammenleben aller. Daran glaube ich und dafür werde ich mich auch weiterhin mit aller Kraft einsetzen.

Ich wünsche Ihnen allen, vor allen Dingen Lambda, allen Homosexuellenorganisationen alles Gute, viel Kraft, viel Erfolg! Sie können sicher sein, Sie haben in der Politik Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden. Ich glaube an das Gute und auch, dass Österreich sich vom Schlusslicht in das Zentrum Europas entwickelt. – Alles Gute!  
(Beifall.)



Lilian Hofmeister

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin Prammer.

Jetzt habe ich noch einmal ins Plenum geschaut und noch ein paar ganz wichtige Persönlichkeiten gesehen, allen voran Herrn Volksanwalt Dr. Peter Kostelka – herzlich willkommen (Beifall) – und den legendären Präsidenten des Jugendgerichtshofes, Dr. Udo Jesionek. (Beifall.)

Der Herr Bundespräsident der Republik Österreich, Herr Dr. Heinz Fischer, hat die Veranstaltung durch Übersendung einer Videogrußbotschaft geehrt. Ich ersuche nun die Technik um deren Einspielung.

**Video-Grußbotschaft von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben sich heute im Parlament versammelt, um den 15. Geburtstag des Rechtskomitees Lambda zu feiern und die Tätigkeit dieser Organisation zu würdigen.

Ich kann diesen Termin heute, obwohl Sie mich liebenswürdigerweise eingeladen haben, leider nicht wahrnehmen, aber ich möchte gerne meine Verbundenheit mit dem Grundanliegen von Lambda zum Ausdruck bringen, nämlich den Kampf gegen Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen oder – noch darüber hinaus – den Kampf für volle Gleichberechtigung und Anerkennung zu führen – vor allem mit rechtlichen Mitteln, aber auch mit Argumenten, mit allen Aktionen, die dieser wichtigen Sache wert sind und die in diesem Zusammenhang eingesetzt werden können.

Ich habe in diesen Tagen wieder einen Blick auf die Rechtslage in der Zeit Maria Theresias im 18. Jahrhundert gemacht, wo das noch mit schwersten Strafen – auch bis zur Todesstrafe! – verfolgt wurde. Seither ist ein weiter Weg zurückgelegt worden: ein Weg, der beweist, wie unsinnig die Bestrafungen und Diskriminierungen im Laufe der Geschichte waren.

Aber wir sind noch nicht am Ende angelangt. Wir müssen uns zum Ziel setzen, wenigstens im Gleichschritt mit modernen, demokratischen europäischen Staaten voranzukommen und nicht zurückzubleiben. Und das Endziel wird sein, dass sich der



Staat nicht einmischt in die Frage, welche Lebensform jemand wählt, dass Gleichberechtigung herrscht, dass Diskriminierung vermieden wird, dass Menschen angstfrei und auf der Basis gleicher Rechte zusammenleben können. – Das alles haben Sie sich vorgenommen.

Sie haben viele Erfolge erreicht, es hat auch Rückschläge gegeben; aber am Ende, und ich hoffe, schon in der neuen Gesetzgebungsperiode, wird stehen, dass dieses Bemühen erfolgreich ist. Da haben Sie sich große Verdienste erworben, die ich gerne anspreche und anerkenne. Ich wünsche Ihnen weiterhin Erfolg und gute Arbeit! – Danke schön. *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Jetzt möchte ich noch zwei Männer nennen, und zwar Raoul Fortner und Präsident Mag. Johannes Wahala von der „Courage“, die auch sehr, sehr viel Anteil daran haben, dass es den österreichischen Schwulen und Lesben heute besser geht als noch vor wenigen Jahren. *(Beifall.)*

Nach der Grußbotschaft des Herrn Bundespräsidenten folgt nun ein musikalischer Gruß. Sie haben schon gesehen: Das Wiener Akkordeon-Kammer-Ensemble hat sich schon in Position gesetzt. Das Ensemble werde ich dann später genauer vorstellen.

Mozart ist sozusagen der Jahresregent. Die Künstlerinnen und Künstler haben mir gesagt, dass sie die Stücke sehr genau ausgesucht haben, und sie sind der Fachmeinung, dass Mozart – hätte er das Akkordeon schon gekannt – auch für Akkordeon geschrieben hätte. Jedenfalls spielt uns dieses Ensemble jetzt das Rondo aus der „Kleinen Nachtmusik“ von Mozart, Köchelverzeichnis 525, in einer Bearbeitung des Leiters dieses Ensembles, Werner Weibert.

*(Es folgt das Rondo der „Kleinen Nachtmusik“ von Wolfgang Amadeus Mozart. – Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Vielen Dank für die schöne Musik!

Walter Dietz möchte ich noch eigens erwähnen: Er ist der Generalsekretär des RKL und spielt hier mit, gemeinsam mit seiner Schwester. *(Beifall.)*

Der Spitzenpolizist Dr. Erik Buxbaum, seines Zeichens Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, musste sich heute entschuldigen, hat aber ein Video geschickt, und ich ersuche die Technik um dessen Einspielung.

### **Videogrußbotschaft des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit,**

**Dr. Erik Buxbaum:** Es ist für mich eine große Freude, ein paar Grußworte zur Veranstaltung „15 Jahre für das Recht zu lieben“ im Parlament sprechen zu dürfen.

„Recht auf Liebe“, das klingt auf den ersten Blick wie ein Liebesfilm, es steckt jedoch in Wirklichkeit ein wichtiges soziales und menschliches Problem dahinter: das Problem der Voreingenommenheit. Wir alle sind Menschen, und Menschen haben Voreingenommenheiten – aber die Exekutive darf nicht voreingenommen sein. Die Gesetze und die entsprechenden Richtlinien untersagen es der Exekutive, bei ihren Handlungen Voreingenommenheit zu zeigen. Das kann aber nicht nur Auftrag des Gesetzes, von Dienstvorschriften sein, das ist eine lange Entwicklung.

Die Sicherheitsakademie und andere Institutionen des Innenministeriums arbeiten an diesem Problem: Wir dürfen nicht voreingenommen sein! – Schwule und Lesben haben das Recht, dass die Polizei unvoreingenommen ist. Schwule und Lesben sollen Vertrauen zur Polizei haben, sie sollen jederzeit zur Polizei kommen können und ihr Problem anvertrauen, Anzeigen erstatten, wenn sie bedroht oder sonst irgendwie in Gefahr sind.

Wir arbeiten ständig an dem Problem der Voreingenommenheit. Das ist ein Weg, den wir sicherlich nie bis ganz zu Ende bringen werden, aber ich glaube, jedes Bemühen muss hier wirklich unterstützt werden. Wir, das Bundesministerium für Inneres und die ganze Polizei, tun alles, um Voreingenommenheiten zu bekämpfen.

Ich wünsche der Veranstaltung alles Gute! *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Danke schön.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass die Polizei seit Mai 2005 eine Plattform für schwule und lesbische Menschen eingerichtet hat, die sich „Gay Cops“ nennt. *(Beifall.)*

Sie arbeiten an der Bewusstseinsbildung innerhalb der Polizei, aber natürlich innerhalb der gesamten Gesellschaft, weil die Polizei ja vorbildlich sein muss und es hoffentlich auch wirklich ist.

Es gibt noch weitere Grußbotschaften, ich darf sie kurz aufzählen. Hier ist ein Foto von Michael Kirby. Er ist einer der wenigen Höchstrichter weltweit, der sich als homosexuell geoutet hat. Er ist Richter am High Court of Australia und bekennender Schwuler. Er hat einen sehr schönen Brief geschrieben, den Sie dann draußen in der Säulenhalle schriftlich aufliegend finden.

Es gibt natürlich weitere Gratulanten, die geschrieben haben, zum Beispiel aus Österreich: Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner, Präsident des Österreichischen Verwaltungsgerichtshofs, Dr. Rudolf Müller, Mitglied des Verfassungsgerichtshofs, und Dr. Klaus Schröder, Vorsitzender der Bundessektion der Österreichischen Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. – Auch ihre Texte finden Sie draußen.

*Manfred Nowak, Ulrike Lunacek,  
Günter Tolar, Karin Gastinger und  
Heinz Patzelt (v.l.n.r.)*

Jetzt komme ich zu den Prominenten auf der so genannten Regierungsbank, die hier Platz genommen haben: Es sind lauter hochberühmte Personen, die ich nicht näher vorstellen, denen ich aber je eine Frage stellen möchte.





Ich möchte gleich mit Ihnen, Frau Bundesministerin Mag.<sup>a</sup> Gastinger, beginnen. Mit Ihrem Engagement für die Rechte homosexueller Menschen haben Sie sich nach meiner Einschätzung mächtige Feinde, aber auch sehr viele Bewunderer gemacht. Einmal ehrlich: Bereuen Sie das Engagement inzwischen, und wie soll es weitergehen?

**Bundesministerin für Justiz Mag.<sup>a</sup> Karin Gastinger:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie sich sicher vorstellen können, bereue ich dieses Engagement nicht, das kann ich auch hier an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich zum Ausdruck bringen. Ich werde auch in weiterer Folge dieses Engagement fortsetzen.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dieses Thema in Österreich auch auf Regierungsebene anzusprechen. Ich habe das „gewagt“ – unter Anführungszeichen –, wirklich „gewagt“, weil, wie Sie ja wissen, sind wir eine sehr konservative Regierung. Es war etwas ungewöhnlich, dass die Justizministerin einer konservativen Regierung dieses Thema anspricht und dann auch noch einen Vorschlag zur Gleichstellung von Lebensgemeinschaften, aber auch für ein rechtliches Partnerschaftsmodell für homosexuelle Beziehungen erarbeitet. Das war etwas ungewöhnlich.

Es hat aber auch gezeigt, dass es notwendig war, diese Diskussion zu führen, und Lambda hat da sicherlich auch einen wesentlichen Beitrag geleistet. Ich muss aber einräumen, dass es mir nicht möglich war, dieses Gesetzesvorhaben tatsächlich bis in den Nationalrat zu bringen. Das „Fuzi-Paket“, das im Endeffekt im Nationalrat gelandet ist, ist leider Gottes auch nicht vom Nationalrat verabschiedet worden, aber ich hoffe doch, dass dieses Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode – wer immer dann in der Regierung sein wird und wer immer dann auch Justizminister oder Justizministerin sein wird –, fortgesetzt werden wird. Ich kann Ihnen versichern, das Gesetzesvorhaben ist bereits ausgearbeitet samt Erläuterungen – also es liegt bereits am Tisch –, es braucht nur mehr adaptiert oder umgearbeitet zu werden, je nachdem, wie der politische Wille in weiterer Folge ist.

Ich glaube, die Zeit ist reif, dass wir hier jegliche Diskriminierung ausschalten, auf dass wir nicht mehr Schlusslicht in Europa sind. Denn das ist etwas, was für mich einer Demokratie einfach nicht würdig ist: dass wir verschiedene Menschen unterschiedlich behandeln. Das ist nicht der Weg, wie ich Politik machen möchte. *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Danke schön.

Ich frage nun Herrn Tolar – Sie sind ein prominenter SOHO-Aktivist –: Wie sehen Sie die derzeitige Situation homosexueller Menschen in Österreich? Was sollen sie von der Gesellschaft fordern, was dürfen sie von der Politik erwarten?

**Günter Tolar** (Bundesvorsitzender von Sozialdemokratie & Homosexualität SOHO): Sehr viele Fragen auf einmal! Aus der Sicht der SOHO und vor allem auch aus meiner persönlichen Sicht – da ich ja bekanntlich ein Betroffener bin, wie man so schön sagt – ist es natürlich beschämend, in einem Land leben zu müssen, in dem eine Schutzorganisation wie das RKL überhaupt notwendig ist, dass wir in einem Land leben müssen, in dem unsere Gleichstellung und der Diskriminierungsschutz und letztlich unsere Menschenrechte fast ausschließlich nur über österreichische oder EU-Gerichte erreicht werden.

Auch wenn Frau Ministerin Gastinger mit ihren begrüßenswerten Vorstößen jetzt hier neben mir sitzt, unsere Erfolge mussten permanent gegen diese intolerante, indolente und uns Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen verachtende Bundesregierung durchgesetzt werden. Ich bin sehr glücklich, in der Vergangenheit sprechen zu dürfen. *(Beifall.)*



Karin Gastinger



Günter Tolar



Ulrike Lunacek



Manfred Nowak

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Danke schön.

Jetzt frage ich die grüne Abgeordnete zum Nationalrat und internationale Schwimmerin – vielleicht können Sie auf das eingehen –, Frau Mag.<sup>a</sup> Lunacek: Was tut die Europäische Union für die Anerkennung lesbisch/schwuler Lebensweisen und was haben Sie mit der Europäischen Union am Hut?

**Abgeordnete Mag.<sup>a</sup> Ulrike Lunacek** (Vorsitzende der Europäischen Grünen Partei, EGP): Recht viel: Ich bin auch Vorsitzende der Europäischen Grünen Partei. – Aber bevor ich auf die Fragen eingehe, möchte ich schon auch einen Satz zu dieser Veranstaltung heute sagen.

Ich gratuliere dem RKL zu diesen 15 Jahren harter Arbeit. Ich finde das wirklich ein wunderbares und starkes Signal, dass einen Tag nach der gestrigen Nationalratswahl diese Veranstaltung hier im Nationalratssaal stattfindet. Ich denke, das ist auch ein ganz starkes Signal in Richtung der nächsten Regierungskoalition, tatsächlich in diesem Hohen Haus diese Gesetze auch umzusetzen und tatsächlich die rechtliche Gleichstellung für uns Lesben und Schwule durchzusetzen. *(Beifall.)*

Und zusätzlich dazu vielleicht ein Wort zu meiner persönlichen Freude darüber. Üblicherweise sitze ich hier im Plenarsaal, und es ist für mich als einzige bisher zu ihrer Homosexualität, zu ihrem Lesbisch-Sein stehende Abgeordnete eine besondere Freude, heute auf der Regierungsbank zu sitzen. *(Beifall.)*

Zur Frage mit der Europäischen Union: Die Europäische Union hat insgesamt schon einiges für die rechtliche Gleichstellung bewirkt, zum Beispiel im Bereich der Antidiskriminierungsmaßnahmen. Sonst hätten wir in Österreich nicht ein zwar „hatscheres“, sage ich einmal, aber doch Gleichstellungsgesetz – es wurde ja ins Frauen-Gleichbehandlungsgesetz aufgenommen. So wurde aber immerhin die Gleichbehandlung von Lesben und Schwulen am Arbeitsplatz erreicht. Die Gleichbehandlung im Bereich der Freizeit, der Dienstleistungen, die haben wir aber immer noch nicht. Leider ist das Familienrecht kein Bereich des EU-Rechts, sondern immer noch nationales Recht.

Aber der positive Aspekt ist schon, dass die Staaten einander doch ein wenig beeinflussen. Und heute wissen wir, dass Österreich tatsächlich Schlusslicht ist, und dass es schon zahlreiche EU-Staaten – eine Mehrheit der Mitgliedstaaten, nämlich auch in einigen der neuen Mitgliedsländer – gibt, die nicht nur eingetragene Partnerschaften haben, sondern tatsächlich auch die Ehe eingeführt haben. Es gibt drei, die die Ehe eingeführt haben, und eines davon ist das katholische Spanien. Alle diejenigen, die sagen: Österreich ist ja so katholisch und konservativ, das wird nie gelingen!, da sage ich: Schaut nach Spanien! Mit gewissen Mehrheiten auf der Mitte/Links-Seite geht sich das alles aus.

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Also was lernen wir daraus? – Wenn lesbische und schwule Menschen irgendwann sagen: Das kommt mir spanisch vor! *(Heiterkeit und Beifall)*, dann ist das eigentlich eine Akzeptanz und eine Bewunderung.

Herr Univ.-Prof. Nowak! Sie sind unser Mann in der UNO für Süd- und Ost- und Mitteleuropa. Ihr Expertenbefund zur Frage, wie Österreich die Menschenrechte im Allgemeinen umsetzt und speziell das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und diskriminierungsfreie Orientierung. Welchen persönlichen Bezug haben Sie zum Rechtskomitee Lambda? – Bitte.

**Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak** (UN-Sonderberichterstatter, International Commission of Jurists, EU Network of Independent Experts in Fundamental Rights, Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte): Ich würde meinen, im internationalen Vergleich steht Österreich nach wie vor im Bereich der Menschenrechte und des

Menschenrechtsschutzes sehr gut da, aber trotzdem gibt es wesentliche Probleme. Ich werde drei herausgreifen.

Menschenrechte und Polizei ist das eine. Dass es gerade vor kurzem den ersten Folterfall gibt, der in Österreich festgestellt wurde, und wie das gesamte System damit umgegangen ist – von der Legislative über die Polizei bis hin zur Justiz und der Staatsanwaltschaft –, ist für mich beschämend. Da müssen wir noch sehr, sehr viel lernen!

Das zweite große Problem ist Rassismus und Xenophobie: Dass man in Österreich nach wie vor, wie wir das gestern gesehen haben, mit einem offen ausländerfeindlichen Wahlkampf mehr als 10 Prozent der Stimmen bekommen kann, ist ebenfalls beschämend.

Und das dritte ist die sexuelle Orientierung. Wie schon gesagt wurde, Frau Präsidentin Prammer, die Einstellung hat sich Gott sei Dank geändert, aber es ist Aufgabe einer Regierung, die Menschenrechte zu achten und zu schützen, es ist daher ihre Aufgabe, gegen Diskriminierung vorzugehen. Und alles, was in Österreich in den 1990-er Jahren in diesem Bereich erreicht wurde, wurde gegen das Parlament, es wurde gegen die Regierung und es wurde auch gegen den Verfassungsgerichtshof durch die Zivilgesellschaft mit Hilfe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erreicht. Und das ist auch beschämend.

Aber trotzdem haben wir sehr viel erreicht. In dem Sinne sehe ich – auch durch diese Veranstaltung – weiter engagiert, der Zukunft doch mit mehr Hoffnung entgegen. *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Danke schön.

Das ist jetzt ein Stichwort für Frau Präsidentin Helige. – Justiz und Homosexualität: Was muss die Institution lernen? Gibt es überhaupt homosexuelle Richterinnen und Richter und Staatsanwälte und Staatsanwältinnen? Kennen Sie welche?

**Dr.<sup>in</sup> Barbara Helige** (Präsidentin der Österreichischen Richtervereinigung): Die Frage scheint in Beziehung zum Begriffspaar Justiz und Homosexualität nicht ganz unproblematisch zu sein, sonst bräuchten wir ja Lambda nicht, oder? Herr Dr. Graupner könnte sich dann vielleicht anderen Fällen zuwenden.

Das muss man jetzt einmal vorweg sagen, Frau Präsidentin Prammer hat es gesagt, und es ist sehr stark angeklungen: Wir haben ja schon eine Rechtslage, die diskriminierend ist und wo es noch nicht gelungen ist, einen Standard herbeizuführen, der zumindest der europäische Standard wäre.

In dieser Rechtslage agieren die Gerichte, die ihrerseits, würde ich jetzt einmal sagen, vom prinzipiellen Zugang – ich weiß nicht, ob es in anderen Ländern anders ist, aber in Österreich – nicht die progressivste Institution im Staat sind. Das heißt, die Gerichte vollziehen die Gesetze sehr genau und auch in einer Stimmung, die in einem Land natürlich herrscht. Ich möchte aber schon betonen, dass ich auch glaube, dass die Zivilgesellschaft und die Gesellschaft insgesamt weiter ist als die Politik.

Also ich glaube, dass sich bei den Gerichten – bei aller Auseinandersetzung, die es gibt, nicht zuletzt oder ganz wesentlich wegen der Tätigkeit von Lambda – jetzt schon Gewaltiges geändert hat. Ich glaube, dass der Gedankenprozess sehr stark in Gang gekommen ist. Dazu muss man lästig sein – man ist lästig, und dazu gratuliere ich.

Ich freue mich auch, dass heute ziemlich viele, um nicht zu sagen sehr viele Kolleginnen und Kollegen Richter da – auch Staatsanwälte habe ich schon gesehen –, und ich glaube, das ist ein gutes Zeichen, wie groß das Interesse bei der Kollegenschaft für die Thematik doch ist und die Bereitschaft, sich hier auch Wissen anzueignen. – So viel zu der Frage. *(Beifall.)*



Barbara Helige

Der Lernprozess muss weitergehen, aber ich bin schon optimistisch.

Zur Frage, ob ich homosexuelle Richterinnen und Richter kenne: Ich würde sagen, es ist vielleicht symptomatisch, dass ich es nicht weiß. Ich habe gehört, dass es „Gay Cops“ gibt. Es gibt aber keine „Association of Gay Judges“. Ich glaube, es ist ein deutliches Zeichen, dass man hier sehr zurückhaltend ist. Ich vermute einmal, dass wir so repräsentativ sind wie die gesamte restliche Bevölkerung auch.

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Danke schön.

Wenn ich so ins Publikum schaue: Da sehe ich den Präsidenten des Landesgerichts von St. Pölten, die Vizepräsidentin des Handelsgerichts hinter mir – aber nur hier! –, den leitenden Oberstaatsanwalt von Wien, einige Richterinnen vom Obersten Gerichtshof sind da. Also Sie sehen: Es ist schon ein großes Interesse in der Justiz – die Justiz ist also lernfähig. Wie wir gehört haben, war sie ja ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung der Rechte, die schon schriftlich festgelegt sind. *(Beifall.)*

Ich komme zu Frau Rechtsanwältin und Vizepräsidentin der Wiener Kammer, Dr.<sup>in</sup> Rech. Frau Dr.<sup>in</sup> Rech, welche Erfahrungen gibt es mit diskriminierten Homosexuellen? Was kann die freie Rechtsanwaltschaft gegen Diskriminierung und Ungerechtigkeit leisten?

**Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Rech** (Vizepräsidentin der Rechtsanwaltskammer Wien): Ja, das ist an und für sich eine Frage, die würde ein mehrstündiges Referat rechtfertigen. Ich werde versuchen, das auf eine Minute herunterzubrechen.

Ich sehe zwei Seiten: Die eine ist die Rechtsanwaltschaft als Ganzes – als Sprachrohr in der Gesellschaft gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung und für Menschenrechte und Grundrechte. Das ist eine ganz wesentliche Aufgabe, die uns trifft und die wir auch immer wieder von uns einfordern. Die zweite Seite ist ganz einfach der einzelne Rechtsanwalt, der mit seinem Klienten für dessen Interessen kämpft. Das ist genau der angesprochene Punkt. Wir haben daher natürlich im Stand der Rechtsanwälte genügend Erfahrungen mit diesem Thema.

Der Rechtsanwalt ist die Person, die genau diesen Personen dann zur Verfügung steht, wenn es darum geht, diese Interessen durchzusetzen, auch wenn sie schwierige Materien betreffen und auch wenn sie Materien betreffen, die nicht gerade Liebling der Politik sind, wo man sich sicherlich schwer tut. Und eines unserer „Exemplare“ aus dem Stand ist Herr Kollege Graupner, der gerade vorhin als „lästig“ tituliert wurde. Für einen Rechtsanwalt ist es immer gut, lästig zu sein, denn nur auf diese Art und Weise kann man auch tatsächlich etwas durchsetzen.

Die Vergangenheit hat es ja ganz eindeutig bewiesen – auch das ist heute bereits mehrfach gesagt worden –: Wir haben einen großen Teil an der Rechtsfortentwicklung gestaltet, indem wir mit unseren Klienten nach Straßburg gegangen sind und dort in sehr vielen Fällen und in großen Fällen auch tatsächlich die Verfahren gewonnen haben. Voraussetzung dafür ist natürlich eine freie, unabhängige Rechtsanwaltschaft. Weil es muss uns klar sein: Das, was hier gemacht wird – dass man nämlich die Interessen des Bürgers durchkämpft –, kann die Rechtsanwaltschaft nur dann tun, wenn sie frei und unabhängig ist und wenn sie Charakteristika, wie Verschwiegenheit und nur die Interessen ihres Klienten wahren, auch tatsächlich hat.

Und das ist wiederum eine Aufgabe der Rechtsanwaltschaft: dass sie immer wieder dafür kämpft, dass das im Interesse des Bürgers auch tatsächlich gewährleistet ist. Unsere letzte Forderung – wenn ich das diesbezüglich noch sagen kann – ist die verfassungsrechtliche Absicherung genau dieser Tätigkeit des Rechtsanwalts. Und ich sage nochmals: im Interesse des Bürgers und nicht der Rechtsanwaltschaft. *(Beifall.)*



Elisabeth Rech

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Danke schön.

Last but not least: Herr Generalsekretär Patzelt. Wie hat Amnesty International Homosexuelle in Österreich unterstützt? Welche Erfahrungen haben Sie persönlich in der Zusammenarbeit mit dem RKL?

**Mag. Heinz Patzelt** (Generalsekretär von Amnesty International Österreich): Amnesty ist eine Gesellschaft oder eine Organisation, die gesellschaftlichen Entwicklungen folgt. Wir haben vor über 40 Jahren angefangen, Gefangenenhilfe zu machen für Menschen, die aus Gewissensgründen eingesperrt sind, und sind über viele Entwicklungsstufen und unzweifelhaft auch zu langsam – das ist, glaube ich, sehr klar und selbstkritisch zu sagen – auch auf das Thema Diskriminierung gekommen, nähern uns jetzt immer mehr einer Organisation, die umfassend Menschenrechtsschutz machen will und wohl auch menschenrechtspolitisch einwirken will.

Helmut Graupner – und dafür, Helmut, auch herzlichen Dank nach mehreren Jahren der Zusammenarbeit – hat einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass Amnesty dieses Thema in Österreich aufgegriffen hat. Du hast uns den Zugang dazu mehr als nur gut vorbereitet. Unter unterschiedlichsten Techniken, wie man gesellschaftliche Missstände beseitigen kann, war dein Zugang des präzisen Recherchierens, Dokumentierens, des Marsches durch die Institutionen, der Benützung des Rechtsstaates gegen sich selbst, wenn ich das so formulieren darf, einer, der Amnesty sehr, sehr nahe steht. Das Andocken und Aufgreifen und Mit-dir-Zusammenarbeiten war Freude und durchaus von Erfolgen gekrönt. Ich freue mich darauf, das auch weiter machen zu dürfen!

Klar muss uns sein, Diskriminierung ist wohl eines der wirklichen Krebsübel des Menschenrechtsszenarios. Diskriminierung steht am Anfang fast jeder anderen Menschenrechtsverletzung. Ich muss einen Menschen erst zu einem Menschen zweiter, dritter oder vierter Ordnung „zurechtdiskriminieren“, um ihn nachher misshandeln, „dögeln“, schlagen, foltern zu können. Und wenn wir aufhören zu diskriminieren, dann werden wir vielleicht nicht alle Menschenrechte verwirklicht haben, aber Menschenrechtsverletzungen in einem sehr hohen Ausmaß unmöglich gemacht haben.

Ich freue mich darauf, mit dir – Helmut Graupner – weiter zusammenzuarbeiten – auf viele Jahre noch! *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Vielen Dank.

Ich möchte jetzt – weil die Zeit leider schon vorgeschritten ist – an alle eine einzige Frage stellen. Sie haben jetzt die Gelegenheit, in 30 bis 60 Sekunden – ich reduziere mein Angebot noch einmal – einen Satz zu sagen: einen Glückwunsch, einen Wunsch an die Rechtsordnung, einen Wunsch an die Zukunft, oder eine Prognose, die zu unserem heutigen Jubiläum passt. – Bitte.

**Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak:** Bevor Herr Graupner Doktor und Rechtsanwalt wurde, hatte ich die Ehre, seine Dissertation zum Thema „Sexualität, Jugendschutz und Menschenrechte. Über das Recht von Kindern und Jugendlichen auf sexuelle Selbstbestimmung“ an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien zu betreuen. Es war mit Abstand die längste – ich habe sie mir heute herausgesucht –: 1.426 gezählte Seiten *(Heiterkeit und Beifall)*, wo er in einem Rechtsvergleich aller europäischen Staaten dargelegt hat, dass Österreich bei der sexuellen Selbstbestimmung das Schlusslicht war.

Ich wünsche ihm, dass er in wenigen Jahren ein ähnliches Oeuvre publizieren wird, wo er in einem ähnlichen Rechtsvergleich zum Ergebnis kommt, dass Österreich vielleicht einmal Best-Practice wird. *(Beifall.)*



Heinz Patzelt

**Abgeordnete Mag.<sup>a</sup> Ulrike Lunacek** (Grüne): Ich wünsche Helmut Graupner und dem Rechtskomitee Lambda und auch allen anderen Organisationen, dass es in vier Jahren – vor der nächsten Nationalratswahl – nicht mehr nötig sein wird, Fälle zum Europäischen Gerichtshof, zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu tragen, weil nämlich zum Beispiel ein lesbisches Paar oder ein schwules Paar mit binationalem Hintergrund in Österreich keine Rechte hat. Ich wünsche mir, dass es diese Rechte dann tatsächlich geben wird, und sich keine und keiner von uns mehr vor Diskriminierungen fürchten muss oder davor, dass wir nicht die gleichen Rechte haben. – Das, hoffe ich, ist auch mit dieser Veranstaltung einen Schritt weitergegangen. *(Beifall.)*

**Günter Tolar:** Der gestrige Wahlausgang berechtigt uns natürlich ein bisschen zu Mut und Hoffnung: Vielleicht kommt wirklich bald der Tag, an dem das RKL überflüssig sein wird. Ich fürchte allerdings, wir werden es doch noch eine Zeit lang brauchen.

Darf ich kurz persönlich werden? – Ich bin jetzt 67 Jahre alt, ich würde es eben wahnsinnig gerne noch erleben, mit meinem Mann in diesem Land, das wir lieben, so leben zu dürfen, wie wir wollen. Nicht nur, aber auch, aus diesem durchaus eigen-nützigen Grund wünsche ich als die Hoffnung nicht und nicht aufgebender Schwuler, der gerne in diesem Land lebt, dem RKL weiterhin recht viele Erfolge! Danke an das RKL und alles Gute uns allen! *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Rech:** Herzlichen Glückwunsch an Lambda und insbesondere meinem Kollegen Graupner! Er möge die Tugenden der Rechtsanwaltschaft weiterhin so exzessiv ausleben, er möge lästig und hartnäckig bleiben! Und die Politik möge ein bisschen mutiger werden und uns nicht alle Sachen in Straßburg entscheiden lassen, sondern auch selbst etwas übernehmen! *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Barbara Helige:** In der Vereinigung der österreichischen Richter hat sich durch die Initiative von wenigen, aber sehr engagierten Kolleginnen und Kollegen eine Fachgruppe „Grund- und Freiheitsrechte und interdisziplinärer Austausch“ gebildet. Diese neue Fachgruppe hat heute schon eine sehr gute Veranstaltung gebracht, und ich wünsche mir, dass sie diesen Elan, den sie jetzt an den Tag gelegt hat, weiterführt, denn ich bin davon überzeugt, dass das auch in der Gerichtsbarkeit einen weiteren Schub und immer weitere Schübe auslöst, die die Grundrechtsdebatte in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen. – Und da bin ich sehr optimistisch. *(Beifall.)*

**Mag. Heinz Patzelt:** Vielleicht statt weiterer Glückwünsche ein Danaer-Geburtstagsgeschenk-Angebot: Gleich nach der Legal-Diskriminierung, die wir vielleicht mit der – na, nennen wir es einmal – Abschaffung des § 209 zumindest formell überwunden haben, gab es einen Nachfolge-Paragrafen, der zumindest, wenn man will, nicht untauglich ist, erst wieder diskriminierend ausgelegt zu werden. Ich glaube, dass das einer systematischen und fachkundigen Evaluierung bedarf.

Ich würde dich, Helmut, und das Rechtskomitee Lambda herzlich einladen wollen, mit uns im nächsten Jahr hier eine systematische und ordentliche Evaluierung zu machen, um in der Richtung weiter lästig zu sein. *(Beifall.)*

**Bundesministerin für Justiz Mag.<sup>a</sup> Karin Gastinger:** Was ich dem RKL wirklich aus ganzem Herzen wünsche ist, dass Ihnen die Arbeit ausgeht. In diesem Sinne hoffe ich, dass es in der nächsten Legislaturperiode gelingen möge – wer auch immer dann die Koalition bilden wird –, dass die Diskriminierungen, die es leider nach wie vor in Österreich für Lesben, für Schwule, aber auch für Transgender-Menschen gibt, nicht mehr bestehen und dass Sie in weiterer Folge in diesem Bereich keine Arbeit mehr haben. Das würde ich Ihnen wünschen. – Alles Gute! *(Beifall.)*



Wiener Akkordeon-  
Kammer-Ensemble

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Danke vielmals.

Der heutige Tag ist reich an Terminen. So gibt es zum Beispiel parallel dazu den Verfassungstag beim Österreichischen Verfassungsgerichtshof. Viele der Prominenten hier haben dort auch eine Aufgabe, und daher bedanke ich mich sehr herzlich, dass Sie erschienen sind, dass Sie zu uns gesprochen haben, und darf – soweit Sie es müssen – zu Ihrem Aufbruch bitten. Auf Wiedersehen! Danke vielmals! *(Beifall.)*

Am Theater würde man sagen, jetzt ist ein kleiner Umbau. Und diese Zeit nutze ich, um Ihnen unsere Musikerinnen und Musiker vom Wiener Akkordeon-Kammer-Ensemble vorzustellen.

Das ist ein besonderes Ensemble: Alle spielen Akkordeon. Es wurde vor 39 Jahren von Prof. Walter Maurer gegründet und hat sich die Aufgabe gestellt, Musik aus allen Stilrichtungen für Akkordeon zu adaptieren, zu spielen und zur Aufführung zu bringen.

Ich darf Ihnen die Mitwirkenden jetzt namentlich nennen: Der Leiter des Ensembles ist Herr Werner Weibert, an seiner Seite Frau Prof.<sup>in</sup> Sylvia Zobek, dann der Gatte Günther Zobek, dann Frau Margarete Gebauer, die Schwester von Walter Dietz, dann Herr Anton Barinka, dann Frau Elisabeth Otto und Herr Mag. Manfred Otto, Herr Dr. Scheibenreif und Walter Dietz, unser Generalsekretär des RKL.

Wir gehen jetzt weiter im Musikprogramm, es folgt das zweite Stück. Sie hören jetzt eine Paraphrase über den Frühlingsstimmenwalzer von Johann Strauß Sohn mit den Solisten Frau Prof.<sup>in</sup> Sylvia Zobek und Werner Weibert.

*(Es folgt eine Paraphrase über den Frühlingsstimmenwalzer von Johann Strauß Sohn. – Beifall.)*



*Helmut Graupner*

## Wider die sexuelle Apartheid – 15 Jahre Rechtskomitee Lambda

**Univ.-Lekt. RA Dr. Helmut Graupner** (Präsident des RKL): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! 15 Jahre Rechtskomitee Lambda, das sind 15 Jahre Kampf: Kampf um zwei fundamentale Menschenrechte, und zwar das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung auf der einen Seite und das Recht auf Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung auf der anderen. Unverzichtbar sind beide Rechte, denn Freiheit, die ungleich verteilt ist, ist inakzeptabel, und unerträglich ist, wenn es Gleichheit in Unfreiheit gibt.

Genau in diesem Sinne ist die sexuelle Selbstbestimmung nach der heute ständigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ein zentrales Schutzgut der Europäischen Menschenrechtskonvention und nach dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ganz klar auch Diskriminierung auf Grund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung inakzeptabel. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof sagt, dass solche Diskriminierung ebenso schwerwiegend ist wie Diskriminierung auf Grund von Religion, von Rasse, von Hautfarbe oder der ethnischen Herkunft, und er verlangt deshalb für Differenzierungen auf Grund solcher Merkmale ganz besonders schwerwiegende Gründe.

Wir sind heute hier zusammengekommen, um zu feiern – das ist richtig. Das heißt aber nicht, dass wir bereits alles erreicht haben, das heißt nicht, dass diese fundamentalen Rechte in unserem Land schon vollständig verwirklicht worden wären und wir nichts mehr zu tun hätten: Noch immer werden Strafgesetze einseitig gegen homosexuelle Kontakte angewendet, noch immer gibt es keinen ausreichenden Diskriminierungsschutz, noch immer sind die Verurteilungen nach den anti-homosexuellen Sonderstrafgesetzen aufrecht, obwohl es diese Gesetze nicht mehr gibt und obwohl sie als menschenrechtswidrig erklärt worden sind. Die Opfer dieser strafrechtlichen Verfolgung sind noch nicht rehabilitiert, geschweige denn entschädigt worden.

Und es ist noch immer das Eheverbot aufrecht: Das Eheverbot auf Grund des Geschlechts ist eines der letzten verbliebenen Eheverbote, die wir noch haben, nachdem die Eheverbote wegen Rasse, Klasse, Religion, Stand, Herkunft und anderen Gründen seit langem aufgehoben sind.

Wir dürfen dies alles über unserer heutigen Feierstimmung nicht vergessen, aber dennoch können wir mit Freude und mit Stolz feststellen, dass sich in den 15 Jahren unseres Bestehens Gewaltiges getan hat.

Erinnern Sie sich zurück: Wir haben uns im Jahre 1991, vor 15 Jahren, gegründet. Damals gab es noch drei anti-homosexuelle Sonderstrafgesetze – Strafgesetze, die sich nur gegen homosexuelle und bisexuelle Menschen richten, und eines davon hat Verbindungen unter Strafe gestellt, deren – wenn auch nicht ausschließlicher – Zweck es war, „gleichgeschlechtliche Unzucht“ – so hat das Gesetz damals Homosexualität und gleichgeschlechtliche Liebe genannt – zu begünstigen. Das heißt, wir waren in den Augen des Gesetzes, als wir uns gegründet haben, gleichsam eine kriminelle Organisation. – Und wir sind angetreten, das zu ändern.

Und fünf Jahre später, 1996, sind die ersten beiden dieser drei Sonderstrafgesetze gefallen: eben dieses Vereinsverbot und auch noch das Verbot der Gutheißung gleichgeschlechtlicher Unzucht, auch Werbeverbot genannt.

Das dritte Sonderstrafgesetz war etwas zäher, das war etwas schwieriger loszuwerden. Der § 209 StGB – eine berüchtigte Bestimmung, die für schwule Beziehungen ein höheres Mindestalter festgelegt hat von 18 Jahren im Gegensatz zu 14 Jahren für heterosexuelle und lesbische Beziehungen – hat sich sogar noch über die





Jahrtausendwende gehalten, bis ihm auch der Verfassungsgerichtshof schließlich im Jahre 2002 ein Ende bereitet hat, und zwar auf wiederholte Initiative des Oberlandesgerichts Innsbruck: aufgehoben wegen schwerer Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes.

In der Folge hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Österreich wiederholt und mehrmals wegen dieser Verurteilung, wegen dieser Verfolgung homosexueller Menschen auf Grund des § 209 verurteilt, weil trotz Aufhebung der Gesetze es eben immer noch keine Rehabilitierung und Entschädigung gibt.

Seit dem Ende der strafrechtlichen Verfolgung haben wir auch große Erfolge erzielt, die über das Strafrecht hinausgehen. So haben wir durch Entscheidungen des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofs die Löschung der Polizeidaten erreicht – Polizeidaten, die auf Grund dieser Sonderstrafgesetze gesammelt wurden und die weiterhin verarbeitet wurden, obwohl es die Gesetze ja nicht mehr gegeben hat und obwohl sie als menschenrechtswidrig erkannt wurden.

Wir haben den Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von der Mitversicherung in der Krankenversicherung zu Fall gebracht.

Und diesen Sommer schließlich haben wir erreicht, dass es in Österreich die ersten anerkannten gleichgeschlechtlichen Ehen gibt; wir haben das erreicht durch die Bekämpfung des Transsexuellen-Erlasses des Innenministeriums, den wir erfolgreich vor dem Verfassungsgerichtshof zu Fall gebracht haben.

Der heutige Festakt spiegelt diese gewaltige Entwicklung der letzten 15 Jahre wider. Ich denke, man kann den Fortschritt, der erzielt wurde, nicht deutlicher machen, als dass unser Jubiläum – und das ist das Wichtigste, das wir uns vor Augen halten sollten – an genau jenem Ort und genau in diesem Raum stattfindet, von dem die Unterdrückung und die Diskriminierung ausgegangen sind.

Hier, in diesem Saal, sind die Sonderstrafgesetze beschlossen worden, hier, in diesem Saal ist ihre Abschaffung jahrelang blockiert worden, aber es war auch hier, in diesem Saal, wo sie gefallen sind und wo sie abgeschafft worden sind – und ich denke, symbolhafter kann ein Festakt schlicht und einfach nicht sein: Ein Symbol für den Erfolg konsequenter, unbeirrter und vor allem grundsatztreuer Arbeit, denn, meine Damen und Herren, man kann nicht ein bisschen tot sein, man kann nicht ein bisschen schwanger sein – und genauso wenig kann man ein bisschen gleich sein. Das ist nicht möglich! Und das war die Leitlinie in den 15 Jahren unseres Bestehens.

Genau in diesem Sinne haben wir auch immer deutlich gemacht, dass im Bereich der Partnerschaften registrierte Partnerschaften nicht unser Endziel sind. Auch wenn solche Partnerschaften inhaltlich mit den gleichen Rechten und Pflichten verbunden werden wie die Ehe, so brächten sie für homosexuelle Paare nicht die Gleichberechtigung, denn getrenntes Recht ist nicht gleiches Recht. Die fundamentalen Menschenrechte, für die wir kämpfen, verlangen nicht nach einem Ghetto für Heterosexuelle auf der einen Seite – nämlich die Ehe – und einem Ghetto für Homosexuelle auf der anderen Seite – nämlich registrierte Partnerschaften –, sondern sie verlangen schlicht und einfach das, was jedes Kind schon am Kinderspielplatz lernt: gleiches Recht für alle!

Die Achtung der Würde jedes einzelnen und jeder einzelnen von uns erfordert, dass es nicht zwei Gruppen von Menschen gibt in unserer Gesellschaft und unter unserer Rechtsordnung, für die verschiedene rechtliche Regelungen gelten, sie erfordert, dass alle Möglichkeiten, die die Gesellschaft und die Rechtsordnung Paaren anbietet zur Gestaltung ihres Lebens und ihrer Partnerschaft im rechtlichen Sinn, dass alle diese Möglichkeiten gleichermaßen allen offen stehen – ohne Unterschied nach Rasse, nach Religion, nach Hautfarbe, nach Stand, nach Klasse und eben auch nach Geschlecht und sexueller Orientierung.

Mit Ihrer Unterstützung, sehr geehrte Damen und Herren, bin ich überzeugt, dass wir dieses Ziel erreichen werden, damit die sexuelle Apartheid genauso der Vergangenheit angehört wie die rassistische Apartheid, und dass wir tatsächlich eines Tages einmal überflüssig sein werden. – Ich danke Ihnen. (*stehende Ovationen.*)

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Helmut, gratuliere!

Es ist zwar unüblich, Namen von Richtern zu nennen, aber in diesem Fall ist es uns eine Ehre, den Namen des Senatsvorsitzenden, Senatspräsident Dr. Peter Tischler vom Oberlandesgericht Innsbruck, zu nennen. Er war letztendlich der, der das Recht beim Wort genommen und die Möglichkeiten seines Gerichtshofs ausgeschöpft hat, um an den Verfassungsgerichtshof die Rechtsfragen zu tragen. Und das hat zur Aufhebung des § 209 Strafgesetzbuch geführt. (*Beifall.*)

Nun folgt der Vortrag von unserem Gast aus England, Dr. Robert Wintemute. Er ist Professor für Menschenrechte – etwas Besonderes; das wäre in Österreich in der Form an sich nicht möglich – am King's College London, ist gebürtiger Kanadier, ein vielfach dekoriertes Leichtathlet – er ist nämlich Läufer und macht immer wieder Medaillen bei den „Outgames“ bzw. „Gaygames“ – das sind lesbisch/schwule Weltmeisterschaften für Sportlerinnen und Sportler. – Nicht unerwähnt soll sein, dass auch Frau Mag.<sup>a</sup> Lunacek im Schwimmen schon viele Medaillen gemacht hat.

Dr. Robert Wintemute wird das Thema behandeln:

## Ehe versus eingetragene Partnerschaft: vollständige Gleichberechtigung oder Segregation gleichgeschlechtlicher Paare?

**Dr. Robert Wintemute** (Professor für Menschenrechte, King's College London):  
Meine Damen und Herren!

*(Der Redner setzt seine Ausführungen in englischer Sprache fort – im Folgenden ist das von Dr. Robert Wintemute übermittelte Redemanuskript abgedruckt.)*

**Marriage vs. registered partnership: Full equality or segregation for same-sex couples?**

### Introduction

Meinen Damen und Herren. Today, in the European Union, discrimination in the criminal law against sexual activity between men or between women is not permitted, thanks to the case law of the European Court of Human Rights, including the landmark age of consent cases brought by Rechtskomitee Lambda. National legislation must ban discrimination based on sexual orientation in public and private sector employment and higher education, thanks to a European Community directive. The focus of groups working for full legal equality for lesbian, gay, bisexual and transgender individuals has therefore shifted to the rights of same-sex couples, including equal access to marriage and joint adoption of children. This topic raises four questions I would like to address:

- (1) Is there an historical trend towards full equality in every country?
- (2) Are there any strong arguments against allowing same-sex couples to marry?
- (3) Is registered partnership enough to provide full equality?

And (4) is registered partnership a necessary intermediate step towards full equality?



Robert Wintemute



## 1. Is there an historical trend towards full equality in every country?

On the 21<sup>st</sup> of December 2005, I was a guest at one of the first civil partnership ceremonies held in the United Kingdom, under the new law creating a "separate but equal" institution for same-sex couples only. My friends Adnan Ali from Pakistan, and Eric Stobbaerts from Portugal, asked me to give a short speech at their reception. I thanked them for allowing us to be part of history, and reflected on how far same-sex couples have come. As late as 1860, two men in London who loved each other, and expressed their love physically, risked being executed by hanging. In 2005, 145 years later, two men or two women in London who love each other became eligible to register their partnerships at the town hall.

Roughly the same historical progression can be seen in many countries in Europe, North America, Southern Africa, and Australasia: from the death penalty to demands for equal access to marriage. Indeed, as Helmut Graupner has pointed out, the first country in the world to begin the process of law reform, by abolishing the penalty for same-sex "carnal knowledge" (death by decapitation), was Austria in 1787. Once a country has taken this step, others have followed, initially quite slowly, but later at an accelerating pace. In England and Wales, it took 106 years, from 1861 when the death penalty was abolished, to 1967, to decriminalise sexual activity between men, and until 2000 to equalise the age of consent. The first legislation against private sector discrimination entered into force in 2003, followed by laws on civil partnership and joint adoption in 2005. In a few countries or states, where same-sex couples may marry and adopt children jointly, the long struggle for full legal equality is largely over: the Netherlands, Belgium, Spain, Canada, South Africa (from the 1<sup>st</sup> of December), and the US state of Massachusetts (apart from federal law).

I would argue that the success of this slow, painful march towards full equality is inevitable, as a matter of social justice, and will eventually be repeated in every country in the world. It is as inevitable as the process of abolishing slavery, and granting the vote to women, which began in a few countries and then spread. This should give us the courage we will need to fight laws that still criminalise same-sex sexual activity in over 1/3 of the member states of the United Nations, especially those that impose the death penalty (as in, for example, Iran, Saudi Arabia, and some states of Nigeria).

## 2. Are there any strong arguments against allowing same-sex couples to marry?

The first argument is often one of tradition: the definition of marriage as between one man and one woman has existed for thousands of years, and has served society well. It is for "the common good", as one Irish law professor put it. But, as I replied to him, which part of society and whose good has this definition served? Quite simply, the good of the heterosexual majority, who have no desire to marry a person of their own sex, not the good of the LGBT\* minority. The traditional definition of marriage cannot be viewed in isolation. It is part of a long history of discrimination against a despised minority by a powerful majority, and is merely one of the final forms of legal discrimination to be addressed. The history of this despised minority includes the fact that, in Nazi concentration camps, it qualified for its own category (homosexuell) and symbol (the pink triangle). There is thus a strong analogy between discrimination based on sexual orientation and discrimination based on race, religion or sex. This analogy has been recognised by the European Court of Human Rights, the Supreme Court of Canada, and the drafters of the constitutions of South Africa, Fiji, Ecuador, and Portugal, as well as the drafters of the EU's Charter of Fundamental Rights.

The second argument is that marriage is intended for couples with the capacity to procreate without assistance from third parties. Only different-sex couples have this capacity, therefore only they can marry. This argument collapses under close

---

\* LGBT: lesbian, gay, bisexual, transgendered

scrutiny. Different-sex couples are allowed to marry whether or not they have any capacity to procreate without assistance, whether or not they are willing to exercise their capacity, and whether or not they are raising children. Same-sex couples are not allowed to marry, even if they have procreated with assistance, or are otherwise raising children. The European Court of Human Rights made it clear in 2002, in *Christine Goodwin v. United Kingdom*, that the procreation argument cannot be accepted in Europe. The Court said, with regard to a transsexual woman with no capacity to procreate who wished to marry a non-transsexual man, that: "the inability of any couple to conceive or parent a child cannot be regarded as ... removing their right to [marry]", under Article 12 of the European Convention on Human Rights.

The third argument is that marriage is both a legal and religious institution. Because many religious bodies are unwilling to marry same-sex couples, the State must not do so either. To accept this argument is to ignore the separation of law and religion, and to impose the religion or religions of the heterosexual majority on the LGBT minority. The State may decide to marry same-sex couples and, in countries where religious marriages can count simultaneously as legal marriages, allow religious bodies that wish to do so to marry same-sex couples. But the human right to freedom of religion will protect any religious body that chooses not to marry same-sex couples. Canada's 2005 legislation makes this clear. Eventually, there will be no need for this exemption, because all religions that discriminate against LGBT individuals and same-sex couples will acknowledge their error and stop doing so. But it could take hundreds of years for all religions to catch up with secular society, so we must not wait on them before changing the law.

### **3. Does registered partnership provide full equality?**

In a growing number of countries or states, the heterosexual majority has said to same-sex couples: "Yes, we understand that it is unjust to deny you access to the rights and obligations attached to marriage. You can have them all (or all except access to adoption and donor insemination). But you'll have to take them without the name 'marriage.'" Laws allowing same-sex couples, and only same-sex couples, to enter a new, "separate but equal" institution, known as "registered partnership", "civil union" or "civil partnership", can be found in Denmark, Norway, Sweden, Iceland, Finland, the United Kingdom, and Switzerland, as well as the US states of Vermont and Connecticut. While politicians often think that same-sex couples should be satisfied with this compromise, in 2003, two Canadian courts responsible for applying constitutional principles of equality found it inadequate. Three judges of the British Columbia Court of Appeal concluded that: "Any other form of recognition of same-sex relationships, including the parallel institution of [registered domestic partnerships], falls short of true equality." Three judges of the Ontario Court of Appeal stressed that: "[S]ame-sex couples are excluded from a fundamental societal institution – marriage. ... Exclusion perpetuates the view that same-sex relationships are less worthy of recognition than opposite-sex relationships."

In 2004, four of seven judges of the Massachusetts Supreme Judicial Court advised the legislature that creating "civil unions" for same-sex couples only would not discharge the State's constitutional obligation to allow them to marry: "Segregating same-sex unions from opposite-sex unions cannot possibly be held rationally to advance ... the [State's] legitimate interests ... The history of our nation has demonstrated that separate is seldom, if ever, equal. ... '[C]ivil union' ... is a considered choice of language that reflects a demonstrable assigning of same-sex ... couples to second-class status. ... The bill would have the effect of maintaining ... a stigma of exclusion ... [and] an unconstitutional, inferior, and discriminatory status for same-sex couples ..."

In her dissenting opinion, Justice Martha Sosman asked "what's in a name?", and described the difference between the names "marriage" and "civil union" as "insignificant". I wonder what Justice Sosman would think if male judges in



Massachusetts were called "judges", and female judges were called "senior legal secretaries", but enjoyed exactly the same pay and benefits as male judges. Would that be an "insignificant" difference?

Legal marriage is a public institution. LGBT persons can never be fully equal if they do not have equal access to all of the same public institutions as heterosexual persons. A sign saying "Same-Sex Couples May Not Enter" is a form of segregation or apartheid, whether the sign is in front of the federal Parliament building, or the waiting room for civil marriages at the town hall. In the United Kingdom, some town halls have made the segregation almost invisible. The civil partnership ceremony of my friends Adnan and Eric at Chelsea Town Hall was virtually identical to a civil marriage: the official, the room, the music, the flowers, the readings, the love and the tears were the same, and the vows were almost identical. But the certificate they received at the end read "civil partnership", not "marriage". This insistence on withholding a word seen as belonging to the heterosexual majority is both amazingly petty, and extremely harmful. It is harmful even if the majority of same-sex couples prefer a different name, and do not want access to marriage. It is enough that there is even one same-sex couple who would like to have the same option to marry as different-sex couples, whether or not they ever choose to exercise it.

#### **4. Is registered partnership a necessary intermediate step towards full equality?**

In the beginning, this might have been true. Sometimes fear of change on the part of the majority causes it to grant partial equality to a minority or subordinated group. In 1918, the United Kingdom granted the vote only to women aged 30 or more, whereas men could vote at 21. It took another 10 years to equalise the voting age at 21. Thus, the Netherlands might not have become the first country to allow same-sex couples to marry in 2001, without the "Scandinavian experiments" (the registered partnership laws passed by Denmark in 1989, Norway in 1993, and Sweden in 1994), and its own registered partnership law passed in 1997.

However, I would argue that this intermediate step (a registered partnership law prior to a marriage law) is no longer required. We know now that the sky does not fall once same-sex couples are allowed to marry. Of the 6 territories where same-sex couples are allowed to marry (or will be allowed to do so by the 1st of December), 5 had not created any "separate but equal" institution at the national level, before opening up marriage to same-sex couples. This is true of Belgium (where the "statutory cohabitation" law did not grant equal rights), Spain, Canada, South Africa and Massachusetts. In the Netherlands, a "separate but equal" institution of registered partnership was created before same-sex couples were allowed to marry, but it was made available to all couples. To date, none of the countries that have created a "separate but equal" institution for same-sex couples only has allowed them to marry. Once they are allowed to marry, the question arises: "What should we do with the 'separate but equal' institution: abolish it or extend it to all couples?" Sweden will probably be the first country to face this question.

Examining the sequence of changes in different countries brings into focus a key feature of all registered partnership laws, both laws for same-sex couples only (as in Sweden) and laws for all couples (as in the Netherlands). To date, all of these laws have been passed for a very negative reason: avoiding the opening up of marriage to same-sex couples. (Québec's civil unions law, passed in 2002, is an exception, because Québec did not have the constitutional power to allow same-sex couples to marry.) To date, no registered partnership law has been passed by a country that already allowed same-sex couples to marry. There may be a strong, positive case for an alternative registration system (called "registered partnership" or "civil union") that is open to all couples who object to the word "marriage". But this is an entirely separate question, and does not answer the equality claim of same-sex couples who seek access to marriage.

## Conclusion

To conclude, we know now that full equality for LGBT individuals and same-sex couples can be achieved in countries with Roman Catholic majorities. I would express the same hope for Austria that I expressed for Ireland when I spoke there in May: that Austria will have the courage to recognise the inadequacy of the "separate but equal" compromise of registered partnership, will grant all couples the same choices, and will therefore allow same-sex couples to marry, as in Belgium and Spain.

Vielen Dank. *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Thank you very much, Robert, for your statement. – Vielen herzlichen Dank! Das war unglaublich interessant.

Jetzt spricht Dr. Hans Ytterberg aus Schweden zu uns. Er ist Ombudsmann der schwedischen Regierung gegen Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung, ist vom erlernten Beruf her Richter – also ein Kollege –, und wie ich mich selbst überzeugen konnte international ein gefragter Vortragender.

Sein Thema lautet:

## Warum eine eingetragene Partnerschaft nicht genügt – Schwedens Weg zur gleichgeschlechtlichen Ehe

**Dr. Hans Ytterberg** (Ombudsmann der schwedischen Regierung gegen Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung): Sehr geehrte Damen und Herren!

*(Der Redner setzt seine Ausführungen in englischer Sprache fort – im Folgenden ist das von Dr. Hans Ytterberg übermittelte Redemanuskript abgedruckt.)*

### Why Registered Partnership is not Enough – Sweden's Way to Same-Sex Marriage

Ladies and gentlemen, friends and colleagues,

Historic development is a continuous process. It is therefore often difficult to identify a single event, which radically changes the course of history. From this rule there are, of course, exceptions. This is the case also when we look at the development of legal recognition for same-sex relationships. For Sweden's part such a turning point, law reform wise, came in 1973, when the Government presented Parliament with a bill containing proposals for a major reform of the Swedish marriage legislation in which e.g. the rules on annulment of marriage and legal separation were done away with. Some of the older obstacles to marriage were also repealed and a new very liberal divorce legislation was introduced. In that context, little did the Standing Committee on Civil Law Legislation of the Swedish Parliament realise the far-reaching effects one and half lines included in its legislative report on this bill would have on the future developments.

In connection with this Government bill, some Members of Parliament tabled a motion dealing with the legal situation also of the 'sexually deviant', which in those days was a common way of describing gay and lesbian couples. More specifically they submitted among other things that there was a need for a legal framework also for the cohabitation of two persons of the same sex. Although the Committee turned down the initiative, it felt at the same time the need to express sympathy for what was perceived as the particular problems of this minority in society. In concluding, it therefore stated that '[t]here are good reasons for taking into account the problems of homosexuals. It is evident that in a lot of ways these people are in a disadvantageous



*Hans Ytterberg*



situation compared to cohabitants of different sexes.' While nevertheless declaring itself incapable of solving the problems of this group within the context of the Government bill before it, the Committee pronounced that it wanted to 'underline that, from society's point of view, cohabitation between two persons of the same sex is a perfectly acceptable form of family life.'

This statement from the Committee, in a report which was subsequently approved by Parliament, constituted the first formal recognition in Sweden of same-sex families. Same-sex relations had been legal in Sweden since 1944. Now, if such relations were not only legal but from now on also perfectly acceptable, the next natural step in the development was of course to target any discriminating piece of legislation whether in family law or in other legal areas. Two major reforms came quickly. In 1978 the ages of consent for same-sex and heterosexual relations were set at an equal level. A year later the medical classification of homosexuality as a mental disorder was officially repealed. In 1988 the first piece of legislation giving legal recognition, albeit limited recognition, to cohabiting couples of the same sex entered into force. And, inspired by Danish and Norwegian legal reforms, the Swedish Registered Partnership Act became a reality on 1 January 1995, giving same-sex couples to a large extent the same rights and obligations as married spouses. The Registered Partnership Act has since then been amended several times leading up to virtually legal equality between registered partners and married spouses, including such things as access to adoption, both nationally and internationally, assisted procreation and joint legal parenthood over children.

So, why then is registered partnership legislation not enough? To answer this question, we must first ask ourselves why people get married in the first place?

For many, perhaps most, this seems to follow a more or less set pattern. If you are lucky enough, you meet someone you fall in love with, someone you feel a great affinity with, someone you want to share your life with. You feel that you want this person to be your companion through life. Then, for many people, I reckon there is also the understanding that marriage offers a sort of legal package solution for a number of practical matters which experience shows can be useful, if you live with someone for a long time, perhaps even with the intention that it should be for the rest of your life. Marriage is also, or perhaps foremost, a manifestation of mutual solidarity, caring and responsibility. A manifestation towards one another that, from now on, it is just you and me.

But it is also a manifestation to the outside world. Marriage, still today, is a central and important institution in society. And quite apart from its legal implications, society around us places great importance on marriage in a range of social contexts. If, without any objective justification, you exclude collectively a whole group of the population from this important social institution, a group of people who find themselves in a perfectly comparable situation to the rest of the people, that is discrimination.

In Sweden, as I have pointed out, legal reform for gays and lesbians in the family law area has taken a step by step approach over quite many years. This approach proved useful in our national context, leading up to a situation where there are virtually no differences anymore when it comes to the legal consequences of a registered partnership and a civil marriage, respectively. Looked upon from this angle, however, it also becomes obvious that when the conditions for entering into these two separate institutions, as well as the process of how to get out of them, and most of all the legal consequences of being in one or the other are the same, the only remaining function of keeping this system of 'separate but equal' is to maintain a hierarchy of sexualities. In excluding same-sex couples from the choice of whether to be part of the important societal institution of marriage or not – a choice which is fundamental and comes without saying for heterosexual couples – and instead referring them to the distinct category of registered partnership, same-sex couples are effectively being told that

'you are not like us, you are not one of us, you are simply not worthy'. This serves no legitimate purpose and therefore constitutes nothing short of a violation of their human dignity.

Finally, by referring same-sex couples to the separate and distinct institution of registered partnership, the legislator increases the insecurities surrounding the lives of these couples. What legal status, if indeed any, will the entering into such an odd institution have in the eyes e.g. of authorities in other countries. If there are no guarantees that a marriage entered into in Spain, the Netherlands, Belgium, Canada or Massachusetts in the United States, between two persons of the same sex will be recognised in other jurisdictions and, indeed, such recognition would at present run contrary to the principle of public policy, or 'ordre public' in many countries, at least marriage as such is a universally recognised institution. The invention of registered partnership is not.

These uncertainties became a painful reality for a Swedish translator, 'D' as he was referred to in the legal process before the European Court of Justice in Luxembourg. He was employed by the Council of the European Union and worked in Brussels. He had registered his partnership with another Swedish man, in Sweden and in accordance with the Swedish Registered Partnership Act. According to this act any and all legal provisions that apply to marriage and married spouses apply also to registered partnership and registered partners. Nevertheless the Council – his employer – when applying the Community's Staff Regulations denied him the employment benefits that were accorded to this married colleagues. 'D' therefore, with the support of the Swedish Government and a few others, sued the Council before the Court of Justice. In its judgment, dismissing the complaint against the Council, the Court stated that 'since 1989 an increasing number of Member States have introduced, alongside marriage, statutory arrangements granting legal recognition to various forms of union between partners of the same sex [...] and conferring on such unions certain effects which [...] are the same or comparable to those of marriage. [...] It is clear, however, that [...] such arrangements for registering relationships between couples [...] are regarded in the Member States concerned as being distinct from marriage. In such circumstances [the Court] can not interpret the Staff Regulations in such a way that legal situations distinct from marriage are treated in the same way as marriage.'

Or in other words, since a registered partnership is not a marriage – it will not be treated as one.

I started this brief presentation by speaking of historic developments as a continuous process and would like to come back to that now in my conclusion. Out of close to 200 states represented in the General Assembly of the United Nations, only around 25 give some form of legal recognition to same-sex couples. Not very impressive, some would say. On the other hand, I would submit that it is more interesting to note that when Sweden introduced its Registered Partnership Act in 1994, as only the third country in the world, the idea was heavily criticised with the argument that it was highly unlikely that similar legislation would become reality in any other country in the foreseeable future. Nevertheless, since then we have seen legislation and judge-made law that to a lesser or greater extent give legal recognition to same-sex couples in more countries than it is possible to remember by heart. Examples include Iceland, Finland, the Netherlands, Germany, France, Belgium, Spain, Portugal, Hungary, the United Kingdom, Luxembourg, Switzerland, Canada, New Zealand, Israel, Slovenia, Austria, Croatia, South Africa and parts of Australia and the United States of America.

This story of love and legislation will continue. The process will go on. In my own country, a report on the possible introduction of a gender neutral Marriage Code, to replace the Registered Partnership Act, is expected before the end of March next year. If votes in Parliament follow party lines, there should be a comfortable majority in favour of such a reform. And another report is expected already before the end of this year, this



time on the introduction of the same rules for heterosexual and same-sex couples when it comes to an automatic legal presumption of parenthood for the partner of the birthmother in relation to children born after assisted procreation. With those two reforms, for all practical purposes, full legal equality will have been achieved between same-sex and heterosexual couples in Sweden.

When I was speaking at a conference at Kings College in London in 1999, I remember saying – with the slightly altered words of Sir Winston Churchill – that when it comes to equality in dignity and rights for gay and lesbian families at least in Sweden and in Europe, the processes that had taken place at that time were certainly not the end, not even the beginning of the end, but they may indeed have been the end of the beginning. Today, little more than seven years down the road, for Sweden's part I would have to revise that statement. In my belief, we have indeed reached the beginning of the end, which in itself of course will prove only to be a new beginning, and not just for same-sex couples – because where there is fairness and justice for all, everyone is a winner.

Thank you very much ladies and gentlemen for your attention.

*(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Thank you, Hans Ytterberg, for your presentation.

Die Zeit ist zwar vorgeschritten, aber das Wiener Akkordeon-Kammer-Ensemble spielt jetzt etwas aus Argentinien, und zwar von Astor Piazzolla „Oblivion“. – Bitte.

*(Es folgt „Oblivion“ von Astor Piazzolla. – Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Danke schön.

Nun folgt der Festvortrag zum Thema „Sexuelle Orientierung – Ein Testfall für die Menschenrechte“. Er wird gehalten von The Hon. Justice Edwin Cameron, Richter des Supreme Court of Appeal, also des Höchstgerichts, von Südafrika.

Edwin Cameron ist ein beeindruckender Mann. Ich habe ihn 2002 kennen gelernt bei einem Höchststrichter-Panel, bei einer internationalen Menschenrechtskonferenz in Turin. Er war für mich beeindruckend. Erstens: außerordentlich attraktiv – alle Richter sollen jetzt weghören, aber ich habe schon viele Höchststrichter kennen gelernt: keiner sah aus wie er –, zweitens ist er bekennender Homosexueller und ein prominenter Aktivist gegen Aids, vor allem in Südafrika, aber auch weltweit. Über diesen Kampf gegen Aids hat er auch ein Buch in deutscher Sprache geschrieben.

Lieber Edwin Cameron! Ich ersuche um Ihren Festvortrag. *(Beifall.)*

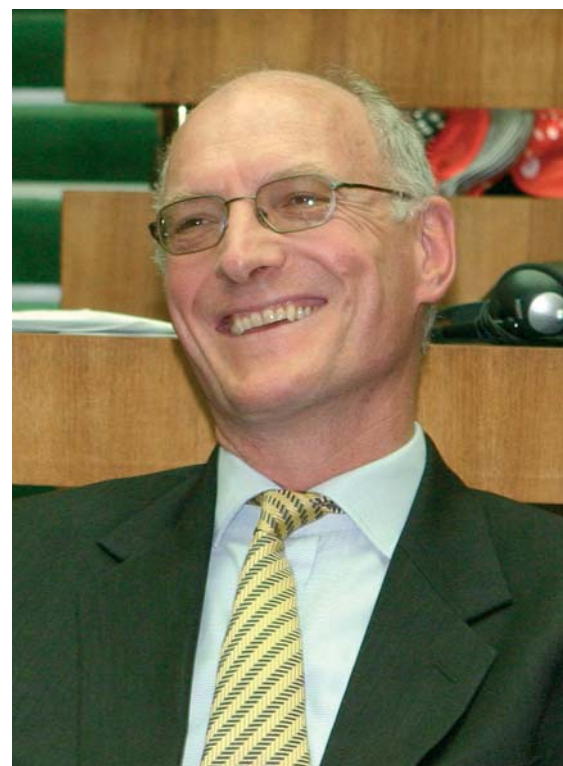
## Sexuelle Orientierung – Ein Testfall für die Menschenrechte

**The Hon. Justice Edwin Cameron** (Richter, Oberster Gerichtshof der Republik Südafrika): Thank you very much, Dr. Hofmeister.

*(Der Redner setzt seine Ausführungen in englischer Sprache fort – im Folgenden ist das von Hon. Justice Edwin Cameron übermittelte Redemanuskript abgedruckt.)*

### **Sexual orientation and the law: a test case for human rights**

Dear Second President of the National Council, dear Speaker, dear dignitaries, judicial colleagues and friends: it is a great honour for me to be part of this occasion. I bring you greetings and congratulations from my own country, the Republic of South Africa. I am honoured to have been asked, as a South African, to give the keynote address on



Edwin Cameron

this happy and festive, but also solemn, occasion. Tonight we mark fifteen years of courageous, principled struggle on the part of Rechtskomitee Lambda, and its director, Mr Helmut Graupner. I pay particular tribute to Helmut's indefatigable work.

It was Helmut who suggested the title of my lecture this evening: 'sexual orientation and the law – a test case for human rights'. That title was taken from a university lecture that I delivered in South Africa in 1992, fourteen years ago. It was a delicate point in the negotiations that preceded my country's transition. It was a time of great hope and expectation. The African National Congress – the voice of the majority of South Africa's people – had recently been unbanned, and the apartheid government was negotiating with it and other parties for a peaceful transition to a democratic constitutional state.

It was a heady time, as we resolved to turn our backs on the indignities and inhumanities of racial oppression. But the vision of our national future went far beyond race: it was broad and all-inclusive. South Africans vowed to reject every form of discrimination that had disfigured our society under apartheid – principally racial and gender discrimination, but – significantly – also discrimination against gays and lesbians.

Under apartheid, gays and lesbians had been persecuted and oppressed. Now the new Constitution vowed to include them, equally, in the benefits of dignity and equality under law. The momentous phrase, 'sexual orientation', was included, along with other conditions (such as race, sex, gender, culture, disability and age), in the Constitution's equality clause. Unfair discrimination against gays and lesbians was expressly prohibited, and a new era had started.

It was a remarkable first for any country in the world. At that time, a standing decision of the Supreme Court of the United States of America still licensed criminal penalties against private adult consensual same-sex conduct. Yet twenty five years after the Stonewall riots in New York City, it was Africa that achieved this historic first. Nowhere in the world were gays and lesbians received so amply and inclusively into the bosom of civic equality.

Twelve years of constitutionalism in South Africa, fifteen years of dedicated labour by Rechtskomitee Lambda in Austria: we have come a very long way since the early 1990s. These last years have given us much cause to celebrate. In Western Europe and North America, and in my own country, gays and lesbians and bisexual, transgendered and intersexed people (LGBTI) have emerged from the fringes and shadows of polite society, to claim their place at the heart of it.

But not all is celebration. We also have much, too much, still to mourn. In most countries across the world – in most parts of Africa, in the Arab world, in the Orient, in many Latin American countries, gays and lesbians are still rejected, despised, persecuted and oppressed. And the sobering fact is that 80% of the gays and lesbians, transgendered, bisexual and intersexed people of the world live in Africa, Asia, the Arab world and Latin America. So the overwhelming majority of gay and lesbian people still live under conditions of acute oppression, which deny them elementary dignity and security.

We therefore celebrate the achievements of Rechtskomitee Lambda tonight with a sense of humility and fragility: for no one of us can rest secure in our freedoms until all unfreedoms are banished. The oppression of gays and lesbians anywhere constitutes a rebuke to any temptation we might feel to complacency.

There is therefore a delicate and appropriate irony in Helmut's suggestion that the title of my talk tonight should be the same as it was in 1992; for my thesis, too is the same, though depicted more broadly: that dignity and equality for gays and lesbians, in every society in the world, is a test case of human rights protection – and it is a test that tonight we must re-commit ourselves to making sure every part of the world will truly surmount.



For homosexuality and other non-abusive forms of sexual variance test the fundamental core of human rights philosophy. A society that aspires to respect human rights cannot disrespect people because of sexual orientation. It is easy to endorse rights like free speech and dignity and socio-economic benefits in the abstract: more difficult is to actualise equality and dignity by according marginalised groups like gays and lesbians the full protection and benefit of the law. And if a society fails that test, it fails the test of elementary human rights protection.

Why does sexual orientation equality continue to constitute such a critical test for the protection of human dignity? There seem to me to be three, inter-related reasons. Each involves particular difficulties that protecting gays and lesbians raises for the practice of democracy: the fact that gays and lesbians are, immutably, a minority in society; that the defining criterion of their status is sexuality, which is still fraught with complexity for many humans; and that gay and lesbian rights seem to conflict with many religious principles and tenets.

### **Minorities, diversity and democracy**

First, gay and lesbian equality tests the principle of diversity in democracy. Unavoidably, gays and lesbians are a minority in society. They must be, since they depend on heterosexual majority procreation for their own perpetuation. But in the collectivity, the effects are perilous, for unlike blacks in South Africa, or women in most societies, gays and lesbians can never hope to command an electoral majority to vindicate their elementary civic rights. Brute electoral force offers no way to secure their rights.

This means that if they cannot persuade the majority to endorse their cause, they must rely on counter-majoritarian principles for their protection. In this they are not unique. For many minority groups, this is a truism. In South Africa, no single linguistic, ethnic or cultural group commands a majority. Each of the major indigenous ethnic groupings (Xhosa-, Zulu-, Sotho-, Afrikaans-speakers) constitutes a minority. The same is true of Europe; and indeed of most countries. Our societies are collectivities of minorities: the question is whether our commitment to constitutional value and principle can afford us a means of brokering our differing interests.

Our common future therefore depends on the capacity of majoritarian politics to accommodate minorities; and gays and lesbians bring this acutely to the fore. They constitute no more than 3-5% of any society, and yet the progress of their cause is invariably bitterly contested. Hence, how society deals with their rights and interests is likely to be emblematic of how it deals with other minorities. It is no surprise that many societies that cruelly oppress gays and lesbians also subject other minority ethnic and cultural groupings to persecution and injustice.

Gays and lesbians, a definitional minority, are a potent challenge in realising the principle of diversity, and vindicating its claims over the sterilising demands of uniformity.

### **Distaste, repugnance and democracy**

This is particularly so because of the second reason. Gay and lesbian equality tests the principle of distaste: it raises the question whether we are willing to afford equal rights to those we dislike or fear, or whose lifestyles we feel are repugnant? This is because sexual orientation is defined by reference not to physiological characteristics like skin colour or gender, but to erotic attraction and affiliation.

When we think of gays and lesbians we therefore have to think of how they have sex – and for many in the majority this is a painful challenge. For many societies, sexuality remains a fraught issue. The difficulties we have had in Africa in managing the effects of the AIDS epidemic attest to this. The disease is enormously stigmatised, and shrouded in silence – with an agonising cost in life and suffering – largely because it is sexually transmitted.

But everywhere, not only in Africa, blame, condemnation, moralism and heavy-handed prescription still predominate in attitudes to private consensual adult sexual expression.

For gays and lesbians this has an often devastating effect. They are the only significant social interest group defined by reference to sexual functioning. This brings taboos, inhibitions, anxieties, repressions, jealousies and even envy to the fore.

Yet our responses to sex are emblematic of our other visceral reactions. And so the plight of gays and lesbians in this respect only accentuates an issue that manifests in many other ways too: do people wearing yarmulkes, or headscarves, or yashmaks, excite our distaste or fear or disapproval? The test of sexual orientation is the test of rationality and humaneness over visceral disfavour. For if society disqualifies gays and lesbians because of discomfort or fear, few other minority groups will be able to rest safe. Gay and lesbian equality therefore tests our capacity to commit ourselves to rational and humane principles of co-existence as human beings.

### **Religious intolerance, secularism and democracy**

There is a third reason why gay and lesbian equality tests our democratic practices so elementally. It brings to the fore perhaps our civilization's largest challenge: that of secularism. This raises the question whether the world's devout religious believers are willing to co-exist in society with those who do not subscribe to their faith or to the tenets of their beliefs.

Gay and lesbian equality brings this issue acutely to the fore because orthodox interpretations of three of the world's most prominent religions – Judaism, Christianity and Islam – hold that they condemn and even outlaw homosexual conduct. Indeed, religious believers are often the most virulent opponents of dignity and legal protection for gays and lesbians.

If orthodox religious beliefs do indeed proscribe same-sex conduct, the question is not whether gays and lesbians are willing to live peacefully with orthodox religious adherents – for they undoubtedly are – but whether orthodox adherents are willing to live peacefully with gays and lesbians. The question is whether adherents of these religions are willing to reciprocate the tolerance and good will that gays and lesbians are willing to extend to them – and the challenge to those faiths is whether they can manifest humane tolerance along with devout belief.

For society itself, gay and lesbian equality offers a profound test of our commitment to building and living in secular community, without subordinating ourselves to the particular religious tenets of any faith. This is a question that is as acute for Baptists in the south of America as it is for some devout Catholics and for the Muslim world.

Religiously inspired intolerance is today one of the world's most frightening problems. It offers a sure means of halting progress and of stoking all-obliterating hatred and violence. The gay and lesbian question tests whether we can commit ourselves to better, for if gay and lesbian equality can be accepted, a broader commitment to rationality and humane principles of secularism will always follow.

### **Conclusion: against sexual apartheid, against rights apartheid**

The question of gay and lesbian equality therefore brings to the fore three pivotal challenges for the world's social institutions. It asks whether we are willing to afford all people dignity in a diverse, tolerant society, free of public policy determined by visceral repugnancies and religious bigotry.

For most gays and lesbians in most parts of the world, such a society is still very far away. As we celebrate tonight, we recall that the issues that affect the overwhelming majority of the world's gay and lesbian population are very far from the issues of equal protection and dignity in relation to partnership, marriage and job security. The predominant issue for the majority remains survival, for their intimate consensual adult conduct is still criminalised, and they suffer daily violent attacks when they behave in ways natural to themselves. (A painful paradox is that in many parts of Africa and in India, those criminal prohibitions are a product of 19th century Western attitudes to homosexuality that were imported during colonisation. These



attitudes and laws have now been appropriated by governments to justify the opprobrium they choose to direct to gays and lesbians.) In these parts, the very subject of homosexual conduct is still treated as Unspeakable.

But the analysis I have offered shows that it would be wrong to think that the fact that different issues are being addressed in Western Europe and North America from Africa and Asia means that Western societies have achieved some sort of linear progression that puts them morally ahead of the rest of the world.

There is no straight line in the long and painful march to gay and lesbian equality. There are only spires and gyres and circles, and more spires. And in all parts of the world the resistance to gay and lesbian dignity springs from the same opposition to diversity, the same visceral irrationality, and the same religious bigotries.

The enemies of gay and lesbian marriage in Austria and Europe and North America are the same enemies who wish to prohibit a group of gay men in Yaoundé, Cameroun, from gathering unhindered. They are the same enemies who subject lesbian women in South Africa's townships to the horror of 'corrective rape.' These enemies are united in their opposition to a diverse, inclusive society: a society that protects minorities, a society that does not privilege one set of religious tenets, a society that disqualifies subjective emotive responses as a basis of public policy.

Gays and lesbians the world over thus face the same hatreds, the same bigotries, the same prescriptive and exclusionary moralism. The opposition to our lives springs from the same source, and the effect of its hostility on our dignity is essentially similar.

The seeming gulf between what has been attained in some parts of the world, and what remains to be addressed elsewhere, can be a source of incapacitating despondency. We may allow ourselves to 'write off' too many struggles in too many places in the world as too big to tackle, as unattainable, as already lost. We might be tempted to console ourselves with the progress we have made in other places.

Yet this would be wrong. It is not possible or desirable for us in this marvellous celebration tonight to separate the world into those places where the project of equality has been satisfactorily fulfilled, and those where the situation seems hopeless.

That is unacceptable in principle, and it constitutes bad strategy. We live in one world. Gays and lesbians in resource-poor countries are fighting battles which in the nature of their objectives and the character of their opponents are in essence identical to the struggles in the resource-rich world. Our strategies and our commitments must incorporate that fact, since everywhere our fight is for the same sort of tolerant and humane society.

Tonight we joyfully celebrate the successes and achievements of a brave European organisation. But our focus and commitments remain universal. Our struggle is truly encompassing, truly global, and its enemies are not only the drive for uniformity, religious intolerance and visceralism, but our own complacency and self-preoccupation. We have to internalise the truth of the slogan that injustice to one, anywhere in the world, is injustice to us all.

So Helmut's choice of sub-theme for this celebration – 'against sexual apartheid' – is particularly apposite. For to afford gays and lesbians rights as full, proud, productive participants in a fully equal society is to promise to accept and fulfil the richness of humanity's own full potential. (*Beifall.*)

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Vielen Dank, Edwin Cameron. Es war wahrlich ein Festvortrag, und Sie haben den großen Bogen geschafft vom heutigen Festakt zur globalen Situation und zu den Menschenrechten.

Unsere Künstler wollen mit einem Kärntner Volkslied von uns Abschied nehmen. Die Kärntner sind die sangesfreudigsten Österreicher, wie man weiß – Österreicherinnen

und Österreicher! –, und das Kärntner Volkslied hat, ohne dass der Slogan „Das Private ist politisch“ dort auch allgemein bekannt ist, einen Titel, der für heute sehr gut passt. Er lautet: „Gern hom tuat guat“ – das ist sinngemäß übersetzt: Lieben macht glücklich.

Wir alle, die wir hier homosexuelle, heterosexuelle, bisexuelle Menschen, Transgender-Personen und intersexuelle Menschen sind, wir alle können uns durch Liebe verwirklichen, und das Kärntner Volkslied wird uns den Weg weisen. – Ich bitte um Ihre Darbietung.

*(Es folgt das Kärntner Volkslied „Gern hom tuat guat“. – Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** „Einmal muaß a End' sei“, wie es in Kärnten heißt. Vielen Dank für die schöne Darbietung!

Helmut Graupner und ich wollen jetzt noch Dank sagen.

**Univ.-Lekt. RA Dr. Helmut Graupner:** Zuallererst möchte ich unserer Präsidentin, Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer, ganz, ganz herzlich danken für die tolle Unterstützung. Sie haben uns nicht nur ganz wunderbare lange Jahre als Kuratoriumsmitglied in unserer Organisation unterstützt, sondern eben jetzt auch durch diesen Festakt eine Unterstützung angeboten und angedeihen lassen, die, glaube ich, nicht großartiger und wunderbarer sein kann. Von ganzem Herzen: Vielen, vielen Dank! *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Ich möchte den Festrednern sehr herzlich danken, unserem Generalsekretär Walter Dietz, der Musik, dem Büro Mag.<sup>a</sup> Prammer – Mag.<sup>a</sup> Angelika Flatz, herzlichen Dank! –, der glänzenden Übersetzung oben in der Kabine und hier neben mir in Gebärdensprache, und der Technik, die uns nicht verlassen hat. *(Beifall.)*

**Univ.-Lekt. RA Dr. Helmut Graupner:** Verzeihen Sie mir, wenn es eine längere Auflistung wird, aber alle diese Personen haben uns wirklich über die Jahre und eineinhalb Jahrzehnte ganz großartig unterstützt, und ich denke, sie verdienen unseren Dank.

Ich möchte allen unseren Kuratoriumsmitgliedern, die uns unterstützt haben, ganz herzlich danken, aber insbesondere jenen, die heute hier sind. Ich möchte Günter Tolar danken für seine Unterstützung, ich möchte Professor Nowak danken für seine Unterstützung, auch in unserem Kuratorium, Herrn Mag. Patzelt von Amnesty International natürlich, den beiden Kinder- und Jugendanwälten von Wien, die auch hier unter uns sind, DSA Monika Pinterits und Dr. Anton Schmid, Frau Professor Dr. Rotraud Perner, meiner lieben Freundin, die uns ganz wesentlich unterstützt hat in unserem jahrelangen Kampf, und Mag. Johannes Wahala von der Beratungsstelle „Courage“.

Lassen Sie mich auch jemanden nennen, der nicht in unserem Kuratorium ist, aber der uns in den neunziger Jahren ganz massiv unterstützt hat und ohne den wir vieles nicht geschafft hätten – letzten Endes die Aufhebung des § 209: Das war die damalige Kinder- und Jugendanwältin Dr. Claudia Pronay, die heute als Richterin tätig ist und die auch hier im Raum anwesend ist.

Ich ersuche Sie um einen herzlichen Applaus für alle diese Personen! *(Beifall.)*

Danken möchte ich auch unserem genialen Grafiker Michael Hierner, der nicht nur unser neues Logo und unsere neue Corporate Identity kreiert sondern uns von Anbeginn an professionellst begleitet hat. Danke lieber Michael! *(Beifall.)*

Schließlich und endlich möchte ich auch Raoul Fortner danken, einem lieben, langjährigen Freund, der diesen Festakt dadurch letzten Endes ermöglicht hat, indem er mich überhaupt erst auf die Idee gebracht hat, dass man so etwas machen könnte. Vor einem Dreiviertel-Jahr hätte ich noch gesagt, dass man verrückt ist, wenn man an so etwas denkt. Aber manchmal passieren auch verrückte Dinge und Dinge, die man für unmöglich hält.

Man sollte das sozusagen als Motto für die Zukunft nehmen: nichts für unmöglich halten und das Maximum angehen, und dann bekommt man sicherlich ganz schöne Dinge, wie zum Beispiel den heutigen Festakt. – Vielen, vielen Dank auch dir, lieber Raoul! *(Beifall.)*

Danke ganz herzlich auch von meiner Seite der Musik mit unserem Generalsekretär Walter Dietz. *(Beifall.)*

Ich möchte dem Veranstaltungsservice des Parlaments ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen, das die ganze wesentliche schwierige Arbeit für die Vorbereitung dieses Festaktes geleistet hat. Ich danke Ihnen wirklich ganz herzlich. Danke insbesondere an Mag. Thomas Holzinger und Natalie Iwanowysch. *(Beifall.)*

Ein herzliches Dankeschön auch dem Büro der Frau Präsidentin, insbesondere an Frau Mag.ª Flatz, die uns in der Vorbereitung auch ganz wunderbar unterstützt hat. Danke schön! *(Beifall.)*

Schließlich und endlich – ohne Geld geht nix! – unseren Sponsoren, die uns finanziell unterstützt und die diesen Festakt finanziell auch ermöglicht haben. Diesen möchte ich in Summe gerne und herzlich danken, allen voran unserem größten Sponsor, IBM Österreich, der uns hier wirklich namhaft für den heutigen Festakt unterstützt hat. Danke sehr! *(Beifall.)*

Last but not least: Danke schön, Lilian Hofmeister! *(Beifall.)* Danke, dass du dich bereit erklärt hast, als Kuratorin des RKL die heutige Moderation zu übernehmen, aber danke auch für deine jahrelange Unterstützung und danke, dass du meine Freundin bist! *(Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Da kommen Blumen, da ist eine Torte, die hereingebracht wird. Vielleicht spielt auch jemand „Happy Birthday“? – Bitte.

*(Das Wiener Akkordeon-Kammer-Ensemble intoniert „Happy Birthday“. – Beifall.)*

**Dr.<sup>in</sup> Lilian Hofmeister:** Jetzt wird die Torte angeschnitten! *(Beifall.)*

Wir danken Ihnen, dass Sie so interessiert waren, so lange ausgeharrt haben, so interessiert zugehört haben, und bitten Sie jetzt in die Säulenhalle zu einem Empfang. Hoffentlich gibt es noch einige schöne, gemütliche Gespräche.

Vielen Dank und auf Wiedersehen! *(Beifall.)*



---

PARLAMENT TRANSPARENT

Jg. 1, Nr. 8/2006

WIDER DIE SEXUELLE APARTHEID  
15 JAHRE FÜR DAS RECHT ZU LIEBEN  
15 JAHRE RECHTSKOMITEE LAMBDA